
FDP Bad Vilbel

DAMIT BAD VILBELS HUNDES BESSER TOBEN KÖNNEN

16.06.2020

CDU und FDP beantragen neue Hundezonen im Stadtgebiet

Bad Vilbel. Rund 2000 Hunde leben in der Quellenstadt – eine beachtliche Zahl. Dennoch haben ihre Halter derzeit nicht viele Möglichkeiten, sie im Stadtgebiet unbesorgt frei laufen, toben und spielen zu lassen. Das wollen die Fraktionen von CDU und FDP im Bad Vilbeler Stadtparlament nun ändern.

„Schon länger denken wir darüber nach, wie wir etwas für die Bad Vilbeler Hundebesitzer und ihre Vierbeiner tun können“, so CDU-Fraktionsvorsitzende Irene Utter. Aktueller Anlass für den Antrag war dann eine Facebook-Diskussion über die einzige Hundefreilauffläche Bad Vilbels in Massenheim, die derzeit nicht nutzbar ist: „Unbekannte haben den Zaun des Areals neben der katholischen Kirche nun zum zweiten Mal zerstört und gestohlen. Aus unserer Sicht kann ein ständiges Erneuern aber keine Dauerlösung sein“, erklärt Utter.

Die Enttäuschung vieler Hundebesitzer über den Wegfall der Fläche kann die Massenheimer Ortsvorsteherin, die selbst Besitzerin zweier Hunde ist, gut nachvollziehen.

Guten Gewissens ableinen

Der neue FDP-Fraktionsvorsitzende Erich Schleßmann betont: „Im gesamten Vilbeler Wald herrscht Leinenzwang, ebenso auf den angrenzenden Feldern. Gerade in der Brut- und Setzzeit ist es dementsprechend unmöglich, seinen Hund guten Gewissens ableinen zu können.“ Für Hunde mit Jagdtrieb, die sonst nie frei laufen können, seien Ausläufe dieser Art ebenfalls eine wichtige Abwechslung.

Deshalb möchten CDU und FDP den Magistrat bitten, einen neuen Standort in Massenheim zu suchen. Zudem soll geprüft werden, ob es möglich ist, in den anderen

Stadtteilen ebenfalls Hundezonen zu schaffen.

Die Zonen sollten mit Müleimern und Kotbeutel spendern sowie entsprechenden Hinweisschildern ausgestattet werden. Wünschenswert wäre es auch, wenn einige Bäume für Schatten sorgen würden.

Ehrenamtliche Paten

„Möglicherweise könnten wir für die Zonen auch ehrenamtliche Paten finden, die sich gemeinsam mit der Stadt um die Pflege kümmern“, so Schleßmann. "Klar ist aber auch: Jeder ist für seinen Hund und auch dessen Hinterlassenschaften verantwortlich."

Mögliche Standorte, die in städtischem Besitz sind und für das Projekt in Frage kommen, soll der Magistrat nun prüfen.